

Erziehen

Auch Kriminalstatistiken können so und so gelesen werden

Die Kriminalitätsentwicklung macht wieder Schlagzeilen. Näher besehen allerdings weniger diese selbst als vielmehr die Art und Weise, wie öffentlich und politisch damit umgegangen wird. Ein bislang ziemlich ungewohntes Bild: Selbst SPD-Politiker, besonders solche des Nordens, die üblicherweise alles, was nach Law and Order riecht, weit von sich weisen, überbieten ihre „konservativen“ politischen Gegner und gegenseitig sich selbst geradezu in der Forderung nach härterem Durchgreifen von Polizei und Justiz und, soweit es noch irgendwie ins parteipolitische Konzept paßt, nach strengeren Gesetzen. Feingefühl gegenüber Minderheitsgruppen ist dabei wenig gefragt. Differenzierungen behindern nur die Wirkung.

So macht es sich z. B. für die Wahlphysiognomie der jeweiligen Partei besonders gut, auf den hohen Ausländeranteil in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (28,3 Prozent der registrierten Fälle 1996) hinzuweisen und die konsequente Ausweisung von Straftätern ausländischer Herkunft zu fordern, ohne nähere Angaben darüber zu machen, um welche Gruppen von Ausländern es sich dabei ganz überwiegend handelt und welche Ursachen dafür maßgebend sind. Was macht es schon, wenn die Deutung das Problem insgesamt in die falsche Richtung drängt, wenn Sündenböcke aufgebaut werden und die ohnehin bald latent, bald offen grassierende Fremdenfeindlichkeit dadurch zusätzliche Nahrung findet.

Man wird zwar gut daran tun abzuwarten. Eine Serie von Landtagswahlen steht bevor, im September 1998 folgt die nächste Bundestagswahl. Die innere Sicherheit ist seit je klassisches, wenn auch vielfach überschätztes Thema der Wahlauseinandersetzung.

Es kann also sein, daß der „Diskurs“ darüber nach einem Jahr wieder eine ganz andere Färbung annimmt. Man will ja schließlich auch bleiern rechte Wähler für das eigene Lager gewinnen, und etwas Gutes hat der Streit bei aller Vergrößerung ja trotzdem. Immerhin hat er die Verabschiedung des „großen Lauschangriffs“, des Gesetzes über die mit strengen Auflagen versehene elektronische Wohnraumüberwachung im Falle des Verdachts organisierter Kriminalität, erleichtert.

Wie aber verhält es sich mit der Kriminalitätsentwicklung selbst? Folgt man der im Juni vom Bundesinnenminister veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik 1996, dann ist die Gesamtzahl registrierter Straftaten gegenüber 1995 leicht (um 0,3 Prozent) zurückgegangen, die *Aufklärungsquote* mit 49 Prozent aber (seit 1969) auf einen Höchststand gestiegen. Der leichte Rückgang ist allerdings fast ausschließlich auf ein merkliches Abflauen bei Diebstahldelikten (vor allem bei Auto- und Fahrraddiebstählen) und auf einen Gesamtrückgang von drei Prozent bei den Diebstahldelikten in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Angesichts des hohen Niveaus von insgesamt 6,65 Millionen registrierten Straftaten und angesichts der Tatsache, daß trotz der verbesserten Aufklärungsquote nicht einmal jede zweite Straftat aufgeklärt werden kann, gewiß keine beruhigende, aber auch keine katastrophale Entwicklung. Akuten Anlaß zur Sorge und zum Dagegenhalten geben indessen drei Bereiche: das *organisierte Verbrechen*, die Zunahme der *Wirtschafts- und wirtschaftsnahen Kriminalität*, deren zu geringe Beachtung bei der Vorstellung der Jahresstatistik 1996 von SPD-Abgeordneten zu Recht kritisiert wurde, die *Jugend- und Kinderkriminalität*.

Bedenkt man, daß allein die Gelder, die durch Steuerflucht dem Fiskus entzogen werden, ungefähr die Summe der jährlichen Neuverschuldung des Bundes ausmachen, berücksichtigt man die zig Milliarden, die durch Veruntreuung, Korruption und Subventionsbetrug durch kriminelle Hände gehen, und beachtet man, daß allein

in Deutschland jährlich an die fünfzig Milliarden „schmutzige“ Gelder hauptsächlich aus dem Drogenhandel gewaschen werden, dann bekommt man eine Vorstellung, wie weit die Weiße-Kragen-Kriminalität sich in der Gesellschaft eingenistet hat und sich in Teilbereichen mit dem organisierten Verbrechen vermengt.

Daß der *Ausländeranteil* am organisierten Verbrechen mit 62,2 Prozent enorm hoch ist, kann allerdings insofern nicht überraschen, als dieser ganz überwiegend auf das Konto international operierender Gruppen und auf Personen vorübergehenden Aufenthalts im Bundesgebiet geht. Nimmt man den nicht zu leugnenden hohen Anteil von Ausländern an terroristischen Aktionen dazu, und bedenkt man den besonders hohen Ausländeranteil (42,5 Prozent) bei den 21- bis 25jährigen Straftätern, dann ist nicht nur auf solche Zahlen hinzuweisen. Gleich in dreifacher Hinsicht ist mehr Ehrlichkeit gefordert: Zum einen durch Eingrenzung auf die tatsächlich kriminell agierenden Gruppierungen. Zum anderen muß der Bevölkerung klar gemacht werden, daß sich mit der Europäisierung und Globalisierung auch das binnendeutsche gesellschaftliche Klima verändert und man sich darauf einzustellen hat. Und drittens wird man sich angesichts des hohen Anteils von Ausländern an der Kriminalität jüngerer Jahrgänge fragen müssen, was von deutscher Seite an Integrationsbemühungen vernachlässigt wird und wie weit man durch integrationswidriges Verhalten selbst die Übel mit verursacht, die man beklagt.

Vergegenwärtigt man sich überdies die kriminellen Energien, die in der Wirtschaft und in wirtschaftsnahen Bereichen am Werk sind, so nehmen sich die Sozialhilfegeld-Erschleichungen und selbst die deutschlandweit 1996 registrierten 131 000 tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren (rund die Hälfte von ihnen wegen Ladendiebstahls) nur wie ein Schatten eben dieser Gesellschaft aus. Dennoch ist die Jugend- und besonders die zunehmende Kinderkriminalität auch angesichts der (besonders

bei letzterer) hohen Dunkelziffern der wundeste Punkt am Ganzen. Zumal nicht nur ein erklecklicher Teil der sogenannten Alltagskriminalität von Noch-nicht-Strafmündigen ausgeht, sondern Gewaltdelikte von Jugendlichen und unter Jugendlichen und Kindern noch weit stärker zunehmen.

Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters und Verschärfung der Strafmaße wären hier, weil der zu billige, der falsche Weg. Die Schaffung oder Verstärkung von „Netzwerken“ zwischen Erziehern, Sozialarbeitern, kommunalen Jugendämtern, Polizei und Justizbehörden, wie sie von verschiedener Seite gefordert werden, dürften demgegenüber sehr viel hilfreicher sein. Die Verhütungs- und Heilungskräfte können aber auch auf diesem Wege nur *langfristig* wirken: durch Eindämmung der sozialen wie der erzieherischen Ursachen (wobei letztere nicht durch erstere weggeredet werden dürfen), und wo Verhütung zu spät kommt, durch die altersangemessene Straftat. Es muß nicht der Pranger wieder her. Auch da sind amerikanische Richter keine Beispielgeber. Wiedergutmachung in der direkten Opfer-Täter-Begegnung ist gewiß der bessere Weg. Und es kommt wohl auch nicht so sehr darauf an, ob die Entwendung von Süßigkeiten oder Spielsachen oder die Beschädigung von Mobiliar als Strafbestand oder als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden, sondern daß die Strafe sozial ausgerichtet ist und auf dem Fuße folgt. Auch hier gilt: *educators first.* se

Ehrlich

Renovabis-Kongreß über Kirche in Osteuropa

Auch acht Jahre nach der Wende ist für die Kirche im früher kommunistisch beherrschten Teil Europas immer noch Umbruchzeit. Die rechtlichen Beziehungen zum Staat sind teilweise noch nicht umfassend geregelt,

man trägt noch schwer an den Wunden jahrzehntelanger Unterdrückung, Behinderung und Abschließung. Es gibt interne Auseinandersetzungen über den richtigen Weg der Kirche unter den neuen Bedingungen politischer wie kultureller Freiheit und Probleme mit ihrer öffentlichen Präsenz.

Auf diesem Hintergrund versuchte jetzt der erste Internationale Kongreß von „Renovabis“ Anfang September in Freising eine Zwischenbilanz. Die 1993 gegründete „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken für die Menschen in Mittel- und Osteuropa“ hat 1996 insgesamt 1115 Projekte zwischen Tschechien und Kasachstan, Estland und Georgien mit 51,3 Mio DM gefördert. Jetzt trat sie erstmals mit einer großangelegten Veranstaltung an die Öffentlichkeit, die an die Tradition der bis 1995 in Königstein abgehaltenen Kongresse „Kirche in Not“ anknüpft und zu einer festen Einrichtung werden soll.

Beim Kongreß im Schatten des Freisinger Doms herrschten im Blick auf die Lage der Kirche im früheren Ostblock *selbstkritisch-ehrlche* Töne vor. Der Prager Erzbischof und CCEE-Präsident, Kardinal *Miloslav Vlk*, gab zu Protokoll, die Katholiken in der Tschechischen Republik hätten noch nicht genügend zur Kenntnis genommen, daß sie zu einer Minderheit von nicht mehr als 30 Prozent der Bevölkerung geworden seien. Die Hoffnung, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus werde die neue Freiheit die Kirchen wieder füllen, habe sich als trügerisch erwiesen. Vlk sprach in aller Offenheit über die Polarisierung der kirchlichen Szene in seiner Heimat, die den notwendigen Dialog blockiere.

Der ungarische Erzabt *Imre Asztrik Várszegi* (Pannonhalma) sekundierte für sein Land, die Kirche gehe zu wenig auf die Menschen zu; ihr gesellschaftliches Ansehen sei heute viel geringer als unmittelbar nach der Wende. Várszegi in einer aufschlußreichen Podiumsdiskussion über Chancen und Aufgaben der Kirche in einer glaubensfremden Welt: „Wir Christen sind nicht in der Lage, über unseren Glauben glaubhaft zu sprechen.“

Mit einem wahren Feuerwerk an angriffiger Ironie attackierte der tschechische Theologe und Psychologe (und frühere Untergrundpriester) *Tomáš Halík* ein Grundübel, das nicht nur seiner Meinung nach die Erneuerung der Kirche im postkommunistischen Europa erschwert: Die Angst vor dem „Westen“. Die im Osten heute wirklichen Stereotypen vom „verrotteten Westen“ seien im Westen entstanden. Dort funktionierten sie als eine mögliche Interpretation einer komplexen gesellschaftlichen Situation und würden nicht zum Nennwert genommen. Im Osten mit seiner mangelnden Kenntnis der westlichen Realität dienten solche Stereotypen aber als Begründung für Entscheidungen in Richtung Isolationismus.

Bei aller Ehrlichkeit und Kritik an Defiziten der eigenen Kirche strahlten die Referenten aus den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten aber durchaus auch *Selbstbewußtsein* aus. Die polnische Soziologin *Aniela Dylus* etwa ging sehr klar den politischen Irrwegen und Modernitätsdefiziten des polnischen Katholizismus nach, meinte aber auch, die Kirche in Polen habe „trotz vieler begangener Fehler und erlittener Niederlagen dennoch genug innere Kraft bewahrt, um einer zersplitterten Welt ihren göttlichen Frieden anbieten zu können“. Nachdrücklich würdigte sie in diesem Zusammenhang den jüngsten Besuch Johannes Pauls II. in seiner Heimat (vgl. HK, Juli 1997, 334 ff.).

Bischof *Karl Lehmann* sprach in Freising mit Recht von einer „neuen Unbefangenheit“ der Vertreter aus dem östlichen Teil Europas und sah eine neue Phase der Begegnung der Kirchen von Ost und West heraufziehen. Diese neue Phase kann nur glücken, wenn beide Seiten ihren Beitrag leisten: Der kirchliche „Westen“ muß sich kritische Anfragen im Blick auf seine Lebendigkeit und Erneuerungsfähigkeit aus dem postkommunistischen Europa gefallen lassen und gleichzeitig seine Hilfestellungen für die Kirchen jener Länder beharrlich fortsetzen, sei es im Medienbereich oder in der Laienarbeit, in der Er-